

*Employment and
Social Developments in Europe*

Nachhaltiges Wachstum für alle:

*Wahlmöglichkeiten für die Zukunft des
sozialen Europas*

Zusammenfassung



27 September 2019, Brussels

#ESDE2019

In cooperation with the



European Economic and Social Committee

Nachhaltiges Wachstum für alle: Wahlmöglichkeiten für die Zukunft des sozialen Europas

Zusammenfassung

NACHHALTIGES WACHSTUM FÜR ALLE: WAHLMÖGLICHKEITEN FÜR DIE ZUKUNFT DES SOZIALEN EUROPAS

Im Jahr 2018 setzten sich in der Wirtschaft der EU die positiven Entwicklungen fort, die 2013 mit der Erholung der Wirtschaftstätigkeit von der Finanz- und Wirtschaftskrise begonnen hatten. Die Beschäftigung in der EU erreichte einen neuen Höchststand, während die Arbeitslosigkeit und das Risiko von Armut und sozialer Ausgrenzung weiter abnahmen. Diese Entwicklungen sind Grund zur Zuversicht und zeigen, dass die EU-Strategien der letzten Jahre etwas bewirkt haben. Diese Entwicklungen finden jedoch in einer Zeit sich beschleunigender Veränderungen statt. Diese Veränderungen betreffen insbesondere die Alterung der Gesellschaft sowie den technologischen Wandel und die mit ihm verbundene Digitalisierung, die sowohl das gesellschaftliche als auch das wirtschaftliche Leben der Europäer immer schneller durchdringt. Zusammengenommen führen diese Megatrends zu neuen Formen der Arbeit, die neue Kompetenzen erfordern, sowie zu Arbeitskräftemangel in manchen Bereichen und neuen Herausforderungen für das europäische Sozialmodell. ⁽¹⁾

Im letzten Jahr wurden wir daran erinnert, dass die Errungenschaften der letzten Jahrzehnte nicht als selbstverständlich betrachtet werden dürfen. Weltweit haben neue Gefahren wie protektionistische Tendenzen im Handel und größere wirtschaftliche und geopolitische Unsicherheiten im Jahr 2018 zu einer Verlangsamung des Wachstums beigetragen, Wirtschaftsprognosen wurden dementsprechend nach unten korrigiert. ⁽²⁾ Darüber hinaus müssen wir, auch wenn die innere Dynamik die Wirtschaft Europas derzeit begünstigt, dennoch größere Herausforderungen in Angriff nehmen, konkurrenzfähiges, faires und sozial nachhaltiges Europa zu schaffen. ⁽³⁾ Zu diesen Herausforderungen gehören ein nach wie vor niedriges Produktivitätswachstum, fortbestehende Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern bei Beschäftigung und Löhnen, große Investitionslücken. Dazu

⁽¹⁾ Weitere Einzelheiten über die Auswirkungen dieser Veränderungen und Megatrends auf Beschäftigung und soziale Entwicklung können den jährlich erscheinenden *Europäischen Beschäftigungs- und Sozialberichten* für 2017 und 2018 mit ihren Schwerpunkten auf „Fairness und Solidarität zwischen den Generationen“ und „Eine neue Arbeitswelt: Jenseits der Digitalisierung“ entnommen werden. Weitere Analysen zu Fachkräftemangel, Arbeitsmobilität und Migration sind auch dem *Europäischen Beschäftigungs- und Sozialbericht* für 2015 zu entnehmen, insbesondere dem Kapitel über „Mobilität und Migration in der EU: Möglichkeiten und Herausforderungen“.

⁽²⁾ Europäische Kommission (2019), *European Economic Forecast: Spring 2019*, European Economy Institutional Paper 102, Mai 2019.

⁽³⁾ Vgl. Europäische Kommission (2019), *Europa im Mai 2019: Vorbereitungen für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union in einer zunehmend unsicheren Welt*, Beitrag der Europäischen Kommission zum informellen Treffen der Staats- und Regierungschefs der EU-27 am 9. Mai 2019 in Sibiu (Rumänien).

kommen Sorgen bezüglich der Entwicklung der Energiekosten und der Bezahlbarkeit von Wohnraum sowie eine verringerte, jedoch immer noch substanzielle Belastung durch öffentliche und private Verschuldung.

Der Klimawandel, die Schädigung der Umwelt und die ineffiziente Nutzung natürlicher Ressourcen lasten ebenfalls schwer auf den Aussichten für eine nachhaltige Entwicklung in der EU und der Welt. Das Bewusstsein hierfür in Europa steigt. Immer mehr Europäer sind sich im Klaren darüber dass alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – die wirtschaftliche, die soziale und die ökologische – zusammen in Angriff genommen werden müssen. Das Ziel ist es, alle Errungenschaften Europas – seine wettbewerbsfähige Wirtschaft, seinen hohen Lebensstandard, den Wohlfahrtsstaat und das Engagement für die Umwelt – für kommende Generationen auf lange Sicht nachhaltig zu sichern. Insbesondere durch ihre Beteiligung an den wöchentlichen „Klimamärschen“ in ganz Europa seit der zweiten Hälfte des Jahres 2018 fordern insbesondere junge Menschen ein stark beschleunigtes Handeln gegen den Klimawandel. Der Kampf gegen den Klimawandel erfordert jedoch wirtschaftliches Umdenken. Viele Menschen sind besorgt wegen der damit verbundenen Kosten und deren Verteilung.



Die EU verfügt über umfassende vertragliche Grundlagen und langjährige Erfahrung mit politischen Strategien, die wirtschaftliche, soziale und umweltpolitische Ziele gleichzeitig verfolgen. Sie hat auch bei der Formulierung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) der Vereinten Nationen im Jahr 2015 eine führende Rolle gespielt. Darüber hinaus haben die EU und 20 Mitgliedstaaten im Dezember 2018 am Rand der COP 24⁽⁴⁾ die Erklärung von Schlesien zu Solidarität und gerechtem Strukturwandel unterzeichnet. Darin betonten sie, dass die Berücksichtigung der sozialen Aspekte des

Strukturwandels zu einer CO₂-armen Wirtschaft von zentraler Bedeutung ist, um die Unterstützung der Gesellschaft für die derzeitigen Veränderungen zu gewinnen. Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind somit zentrale Akteure bei der Gestaltung der politischen Antworten auf die komplexen Probleme unserer Zeit, nicht nur auf nationaler und europäischer, sondern auch auf globaler Ebene. In dem am 30. Januar 2019 veröffentlichten Reflexionspapier „Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Europa bis 2030“ werden insbesondere Optionen zur Integration der Ziele für nachhaltige Entwicklung in den politischen Strategierahmen der EU dargelegt. Das Papier erinnert uns daran, dass „[n]achhaltige Entwicklung zu einem höheren Lebensstandard führen [soll]“; um dieses Ziel zu erreichen, „müssen die Menschen echte Wahlmöglichkeiten erhalten, sind günstige Rahmenbedingungen zu schaffen“. Dadurch können wir „einen Zustand ... erreichen, bei dem wir uns an den Grundsatz ‚Gut leben innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen unseres Planeten‘ halten – dank einer intelligenteren Nutzung von Ressourcen und einer modernen Wirtschaft im Dienste unserer Gesundheit und unseres Wohlergehens.“ Es werden die Verbindungen zwischen den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung hervorgehoben, darunter die Bedeutung der Verknüpfung zwischen gesellschaftlichen und Umweltfragen, die das zentrale Problem der Nachhaltigkeit darstellt.⁽⁵⁾ Es wird ausdrücklich davor gewarnt, dass „unabhängig davon, wie unruhig die nächsten Jahre werden, die wichtigste Aufgabe darin besteht, unsere Ziele nicht aus den Augen zu verlieren.“⁽⁶⁾

Was die soziale Dimension der nachhaltigen Entwicklung betrifft, die oft als „soziale Nachhaltigkeit“ bezeichnet wird, so hat die EU ihre politischen Ziele durch die Proklamierung der Europäischen Säule sozialer Rechte durch das Europäische Parlament, den Rat und die Kommission auf dem Göteborger Sozialgipfel am 17. November 2017 bestätigt. Diese Säule steht im Mittelpunkt des Europäischen Projektes, nicht zuletzt im Hinblick auf die Herausforderungen in Bezug auf die Nachhaltigkeit, mit denen das soziale Europa konfrontiert ist. Ihre Proklamierung spiegelt auch die wachsende Besorgnis wider, dass die Wunden der Krise möglicherweise noch nicht gleichmäßig verheilt sind. Es besteht in der Tat ein Gegensatz in der EU zwischen der andauernden Erholung der Wirtschaft, des Arbeitsmarktes, der allgemein verbesserten sozialen Situation einerseits und der weniger günstigen Entwicklungen für einige Einkommensgruppen, Mitgliedstaaten und Regionen andererseits. In der Tat, während sich der Arbeitsmarkt positiv entwickelt, verlangsamt sich die Konvergenz zwischen den Mitgliedstaaten in einigen Gebieten. Nach wie vor geben Arbeitslosigkeit, zunehmende Ungleichheit der Einkommen und Armut trotz Erwerbstätigkeit in mehreren Mitgliedstaaten Anlass zur Sorge.

Solche Gegensätze bestimmen sehr stark das Bild der Europäer von ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage. In neueren Eurobarometer-Umfragen stufen Europäer steigende Preisen, Gesundheit und soziale Sicherheit, Renten

⁽⁴⁾ Die COP 24 ist die 24. Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen.

⁽⁵⁾ Siehe insbesondere Europäische Kommission (2019), Europe’s Sustainability Puzzle: Broadening the Debate, European Political Strategy Centre paper, 8. April 2019.

⁽⁶⁾ European Strategy and Policy Analysis System (ESPAS), Global Trends to 2030: Challenges and Choices for Europe“, April 2019

und die finanziellen Situation des eigenen Haushalts als wichtigste Probleme ein, denen sie auf persönlicher Ebene ausgesetzt sind. Von steigender Bedeutung sind insbesondere die Themen Umwelt, Klima, Energie und Wohnraum. Die Europäer erwarten mehr und mehr ein Vorgehen gegen diese offensichtlichen Gegensätze – und auch Lösungen zu anderen großen Herausforderungen unserer Zeit: Migration und Sicherheit, Klimawandel und zunehmende Umweltzerstörung.

Die Herausforderungen für die Politik sind vielfältig und erfordern mehrere Antworten gleichzeitig: für Menschen, die materielle Schwierigkeiten haben, bezüglich ihrer Beschäftigungschancen unsicher sind, ein niedrigeres Wohlstandsniveau haben oder sich zurückgelassen fühlen; für diejenigen, die meinen, dass die Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels gegenwärtig zu langsam voranschreiten; für diejenigen, die den Eindruck haben, dass dies schneller geschieht, als sie sich leisten oder sich daran anpassen können, oder dass es Ressourcen von anderen Investitionen oder Innovationen abzieht; und auch für diejenigen, die davor warnen, dass einseitige Klimaschutzmaßnahmen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der EU schädigen könnten.

Schließlich besteht ein zunehmendes Bewusstsein für die Dringlichkeit, gemeinsame, konkrete und wirksame politische Entscheidungen zu treffen, die nachhaltiges Wachstum und Entwicklung in der EU fördern. Das wurde in der Erklärung von Sibiu vom 9. Mai 2019 anerkannt, die die EU und ihre Mitgliedstaaten darauf verpflichtete, „dem Grundsatz der Gerechtigkeit stets Geltung [zu] verschaffen, sei es auf dem Arbeitsmarkt, bei der Wohlfahrt, in der Wirtschaft oder beim digitalen Wandel. ... Ungleichheiten zwischen uns weiter [abzubauen], ... immer den Schwächsten in Europa [zu] helfen, [dabei] die Menschen über die Politik [zu] stellen“ und „den nächsten Generationen von Europäerinnen und Europäern die Zukunft [zu] sichern, ... in junge Menschen [zu] investieren und eine zukunftsfeste Union [aufzubauen], die die drängendsten Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bewältigen kann“. (7)

Der Jahresbericht 2019 über Beschäftigung und soziale Lage in Europa (ESDE) trägt zur Analyse der Problematik und zur Reflexion über sie bei. Seine Überschrift lautet: **„Nachhaltiges Wachstum für alle: Wahlmöglichkeiten für die Zukunft des sozialen Europas“**, und er behandelt folgende Themen:

Kapitel 1 – Wichtigste Entwicklungen im Bereich Beschäftigung und Soziales

Kapitel 2 – Nachhaltiges Wachstum und Entwicklung in der EU: Konzepte und Herausforderungen

Kapitel 3 – Wirtschaftliche und soziale Grunddaten: von Produktivität zu gerechtem und nachhaltigem Wachstum

Kapitel 4 – In Menschen und soziale Nachhaltigkeit investieren: kurzfristige Kosten und langfristige Vorteile

Kapitel 5 – Auf dem Weg zu einer umweltfreundlicheren Zukunft: Beschäftigung und soziale Auswirkungen des Klimawandels

Kapitel 6 – Nachhaltigkeit und Governance: Die Rolle des Sozialen Dialogs

In Kapitel 1 werden zentrale Tendenzen in Beschäftigung und sozialer Entwicklung im letzten Jahr in der EU und ihren Mitgliedstaaten besprochen, mit einem Schwerpunkt auf Tendenzen auf den Gebieten Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Einkommensverteilung in den Mitgliedstaaten sowie auf benachteiligten Gruppen. In Kapitel 2 werden das zentrale Thema der Nachhaltigkeit und die Definitionen ihrer verschiedenen Dimensionen, einschließlich der sozialen Dimension, besprochen. Es werden die Haupttriebkraft der Nachhaltigkeit sowie damit verbundene Gefahren benannt und die Herausforderungen auf dem Weg der EU zu nachhaltiger Entwicklung wie auch Synergien und potenzielle Zielkonflikte zwischen der sozialen, der wirtschaftlichen und der umweltpolitischen Dimension besprochen. Kapitel 3 behandelt eine der wichtigsten Herausforderungen für die Nachhaltigkeit, nämlich den langsamen Produktivitätszuwachs trotz des sich beschleunigenden technologischen Wandels und des steigenden Qualifikationsniveaus der Erwerbsbevölkerung der EU. Das Kapitel untersucht gestützt auf eine Datenanalyse auf regionaler und Unternehmensebene die Bedingungen für nachhaltiges Wirtschaftswachstum, wobei es sich darauf konzentriert, wie Effizienz, Innovation, Humankapital, Arbeitsplatzqualität, Gerechtigkeit und Arbeitsbedingungen einander ergänzen. Des Weiteren werden in dem Kapitel Strategien identifiziert, die die Produktivität steigern können, ohne dass dabei die Ungleichheit zunimmt. Kapitel 4 konzentriert sich auf soziale Investitionen in ausgewählten Bereichen und ihre Bedeutung für die soziale Nachhaltigkeit. Es untersucht das Potenzial von Strategien zur Steigerung der Wirtschaftstätigkeit, Beschäftigung und Produktivität bei gleichzeitiger Verbesserung unvorteilhafter sozialer Situationen. In diesem Kapitel werden Kinderbetreuung und Langzeitpflege, Allgemeinbildung und Berufsbildung, Fähigkeiten, Mobilität und Wohnen als Schlüsselbereiche identifiziert, in denen politische Maßnahmen die Nachhaltigkeit und die Konvergenz der sozioökonomischen Leistungsfähigkeit der Mitgliedstaaten auf einem höheren Niveau steigern könnten. Kapitel 5

(7) Die Erklärung von Sibiu, die Erklärung des informellen Treffens der Führungsspitzen der EU-27 in Sibiu am 9. Mai 2019; abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2019/05/09/the-sibiu-declaration/>

behandelt die Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen auf Wirtschaft, Beschäftigung, Einkommen und Fähigkeiten. Es werden auch Aspekte der Energiearmut als einer eigenen Art von Armut in der EU untersucht und die Auswirkungen umweltbezogener Gesundheitsgefahren wie Luftverschmutzung und Strategien besprochen, die sowohl für die Umwelt als auch für die Menschen positive Auswirkungen haben könnten. Abschließend wird in Kapitel 6 diskutiert, was die Sozialpartner und der soziale Dialog einschließlich Kollektivverhandlungen zur Förderung von nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung tun können und bereits tun.

1. WICHTIGSTE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALES

Sowohl in der EU als auch in der Eurozone setzte sich 2018 das Wachstum der Wirtschaftstätigkeit fort, wenn auch langsamer als erwartet. Das spiegelt eine Verlangsamung der Weltwirtschaft nach anhaltendem Wirtschaftswachstum während der letzten sechs Jahre wider. Wirtschaftsprognosen wurden nach unten korrigiert, da Unsicherheiten zugenommen haben und eine niedrige Zunahme der Produktivität, eine fortbestehende Segmentierung des Arbeitsmarktes und soziale sowie territoriale Ungleichheiten weiterhin Herausforderungen für ein nachhaltiges Wachstum in der EU darstellen.

Das robuste Wirtschaftswachstum verlangsamte sich im Jahr 2018 inmitten zunehmender Unsicherheiten.

240,7 Millionen
Europäer/innen waren im
ersten Quartal 2019
beschäftigt

Die Beschäftigungszahlen in der EU stiegen weiter und erreichten die höchsten jemals verzeichneten Werte: im ersten Quartal 2019 gingen 240,7 Millionen Menschen einer Beschäftigung nach,⁽⁸⁾ das sind 13,4 Millionen mehr als beim Amtsantritt der Kommission Juncker im

Das Beschäftigungsniveau in der EU erreicht neue Hochstände, jedoch bleiben Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen.

November 2014.

Die Beschäftigungsquote erreichte mit 73,5 % Ende 2018 auch einen neuen Höchststand, und der Abstand zur Beschäftigungsquote in den USA verringert sich weiter. Die Beschäftigungsquote in Vollzeitäquivalenten (FTE) nahm ebenfalls im fünften Jahr in Folge zu und betrug im Jahr 2018 67,2 %, d. h. 2,2 Prozentpunkte mehr als 2008. Jedoch hat sich die Geschwindigkeit, mit der die Beschäftigungsquote zunahm, verlangsamt. Bei der gegenwärtigen Zunahme der Beschäftigung in der EU (1,3 % im Jahr gegenüber 1,6 % im Jahr 2017) wird die Beschäftigungsquote in der EU im Jahr 2020 das Ziel von „Europa 2020“ von 75 % leicht verfehlen. Trotz einer früheren Annäherung der Beschäftigungsquoten von Männern und Frauen hat sich auch der Fortschritt bei der Verringerung der geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Beschäftigung verlangsamt. Der Abstand der Beschäftigungsquoten der Geschlechter betrug im Jahr 2018 11,6 Prozentpunkte und war damit seit 2013 nahezu unverändert geblieben.

Die Beschäftigungsquote in der EU erreichte 73,5 %, und der Abstand zu den USA verringert sich.

6,4 %
ist ein neuer Tiefstand der
Arbeitslosigkeit in der EU

Die jährliche Arbeitslosenquote in der EU betrug 2018 6,8 %, 0,8 Prozentpunkte unterhalb ihres Wertes von 2017. Im April 2019 erreichte die Arbeitslosigkeit einen neuen historischen Tiefstand von 6,4 %. In mehreren Mitgliedstaaten

Die Arbeitslosigkeit in der EU fällt auf historische Tiefstände, ohne dass die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten wesentlich abnehmen.

besteht nun nahezu Vollbeschäftigung. Die Jugendarbeitslosigkeit hat 2018 weiter auf 15,2 % (und im April 2019 auf 14,2 %) abgenommen, ist also 0,7 Prozentpunkte niedriger als 2008 vor der Krise, genau wie die Langzeitarbeitslosigkeit. Die Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und auf regionaler Ebene bleiben jedoch nach wie vor sehr groß. Die Streuung der Beschäftigungsquoten zwischen nationalen und subnationalen Territorien nimmt schrittweise ab, während die Streuung der Arbeitslosenquoten seit 2007 kontinuierlich zunimmt.

⁽⁸⁾ Eurostat, namq_10_pe

53 %
der Europäer der Mittelklasse fühlen sich von Arbeitslosigkeit bedroht

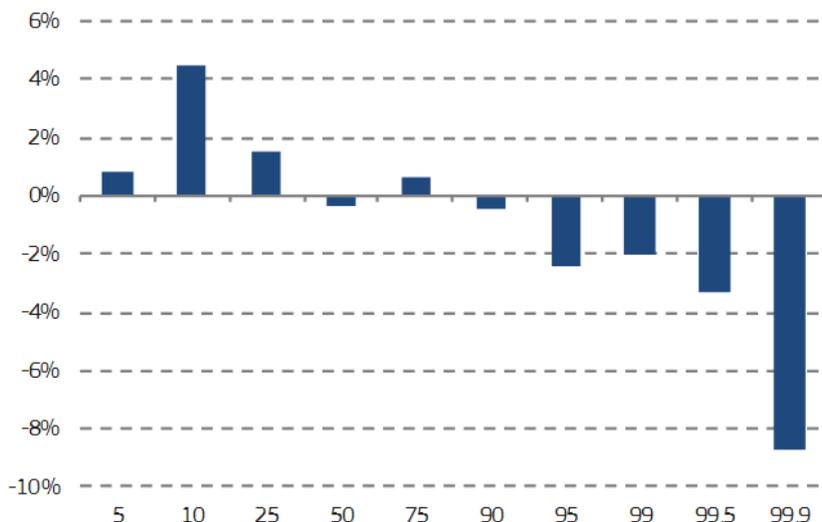
Die Größe der Mittelklasse – das Rückgrat der Gesellschaften der EU, definiert als die Gruppe mit einem Einkommen zwischen 75 % und 200 % des nationalen Medianeinkommens – in den Mitgliedstaaten nähert sich immer mehr an.

Die Größe der Mittelklasse in den Mitgliedstaaten nähert sich immer mehr an ...

wider, jedoch zeigen die Daten gleichzeitig eine Tendenz zur Zunahme der Mittelklasse in den östlichen Mitgliedstaaten, während sie im Westen der EU abnimmt. Auf EU-Ebene berichten mehr als die Hälfte (53 %) der Angehörigen der Mittelklasse von einem Gefühl der Verwundbarkeit und von Schwierigkeiten, mit den finanziellen Mitteln auszukommen.

Für die ärmsten Einkommensgruppen in der EU-28 haben sich die Lebensbedingungen im Vergleich mit dem Niveau vor der Krise verbessert

Prozentuale Änderung des verfügbaren Realeinkommens 2008-2015, ausgewählte Perzentile, Einkommensverteilung in der EU-28. Quelle: Berechnungen der GD EMPL. EU-SILC UDB und Datenreihen des World Inequality Lab (siehe Kapitel 1).



4 %
Einkommenszunahme für ärmere Menschen in der EU im Vergleich zum Zeitraum vor der Krise

Das reale Jahreswachstum des verfügbaren Bruttohaushaltseinkommens (GDHI) betrug im Jahr 2018 2 % in der EU und 1,5 % in der Eurozone. Im letzten Jahr, für das Daten verfügbar sind (2017), überschritt das GDHI pro Kopf das Niveau vor der Krise von 2008 (in der EU war es bereits 2015 überschritten worden).

...und das Einkommen der niedrigen Einkommensgruppen in der EU hat zugenommen.

Das GDHI hat allerdings in acht Mitgliedstaaten (insbesondere Griechenland, Zypern, Italien und Spanien) das Niveau von 2008 noch nicht wieder erreicht. Nachdem die Einkommensungleichheit in den Mitgliedstaaten in der Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise zugenommen hatte, begann sie 2017 in einigen Mitgliedstaaten abzunehmen. Die Analyse der Einkommen in der EU zeigt eine Verbesserung der Stellung der unteren Einkommensgruppen sowie eine Konvergenz zwischen den EU-Mitgliedstaaten zwischen 2007 und 2015. Das zehnte Perzentil erreichte einen Zuwachs von mehr als 4 % Realeinkommen im Vergleich mit dem Einkommen vor der Krise. Das war hauptsächlich eine Folge der Einkommenszunahmen einiger der

ärmsten Einwohner der östlichen Mitgliedstaaten. Gleichzeitig nahm das Einkommen der Ärmsten in den südlichen Mitgliedstaaten ab.

Bis zu 90 %:

größter Abstand zwischen den Medianeinkommen in Städten und ländlichen Gebieten in der EU

In den Städten ist das Einkommen gewöhnlich höher als in ländlichen Gebieten. Der größte Abstand besteht in Rumänien und Bulgarien, wo die Medianeinkommen in den Städten 90 % bzw. 60 % höher liegen. Trotzdem ist die Gefahr der

In den Städten ist das Einkommen gewöhnlich höher als in ländlichen Gebieten.

Einkommensarmut und erheblicher materieller Deprivation in den meisten westlichen Mitgliedstaaten in Städten höher als in ländlichen Gebieten.

Einige Bevölkerungsgruppen (vor allem Menschen mit Behinderungen, Menschen mit Migrationshintergrund und ethnische Minderheiten) sind stärker benachteiligt als andere, was den Zugang zu Bildung, Dienstleistungen und dem Arbeitsmarkt betrifft. Das hat geringere Einkommen, einen niedrigeren Wohlstand und eine höhere Gefahr der Armut und sozialen Ausgrenzung zur Folge. Zum Beispiel waren 2016 etwa 48,1 % der Menschen mit Behinderungen in der EU beschäftigt, im Vergleich zu 73,9 % der Menschen ohne Behinderungen. Die Europäische Säule sozialer Rechte legt Grundsätze fest, die diesen Gruppen Rechte garantieren und damit zusammenhängende politische Maßnahmen auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten garantieren sollten.

Der Zugang benachteiligter Gruppen zu Bildung, Dienstleistungen und dem Arbeitsmarkt bleibt eine Herausforderung.

4,2 Millionen weniger Menschen

im Jahr 2017 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht als 2008

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen (AROPE) ist langsam unter ihr Vorkrisenniveau gefallen. 2017 waren in der EU-27 (ohne Kroatien, das erst nach Festlegung des Zieles beitrug) 4,2 Millionen weniger Menschen von Armut und sozialer Ausgrenzung

Die Zahl der von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen ist unter den Tiefstand von 2008 vor der Krise gesunken...

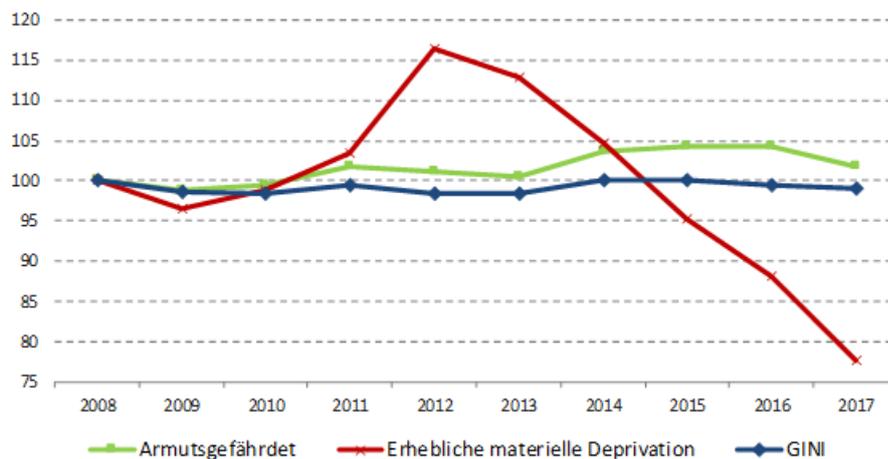
bedroht als bei dem Tiefstand 2008. Damit verringerte sich der Anteil von Armut und sozialer Ausgrenzung bedrohter Menschen von 23,7 % im Vorkrisenjahr 2008 bzw. von 24,8 % im Jahr mit dem Höchststand 2012 auf 22,4 % im Jahr 2017. Alle drei Komponenten des Indikators „von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht“ (AROPE) haben abgenommen: Menschen mit Armutsgefährdung, in erheblicher materieller Deprivation und in Haushalten mit niedriger Erwerbsintensität.

Die erhebliche materielle Deprivation hat seit 2012 kontinuierlich abgenommen, was auf Verbesserungen des Lebensstandards hindeutet. Sie betraf 2017 4,7 Millionen weniger Menschen als 2016. Der Anteil der armutsgefährdeten Menschen, der zwischen 2014 und 2016 ungefähr gleichgeblieben war, nahm 2017 von 17,3 % auf 16,9 % ab. Der Anteil von Personen in Haushalten mit niedriger Erwerbsintensität nahm von 10,5 % im Jahr 2016 auf 9,5 % im Jahr 2017 ab, d. h. ungefähr um 3,8 Millionen.

...was von Abnahmen der absoluten Armut, der relativen Armut und niedrigen Erwerbsintensität begleitet wird.

Der Lebensstandard hat sich trotz fortbestehender Armut und Ungleichheit verbessert

Armutsgrenze (kaufkraftbereinigt), Armutsgefährdungsquote, Gini-Koeffizient des verfügbaren Einkommens, Quote der erheblichen materiellen Deprivation (Summe der Änderungen, Wert von 2008=100), EU. Quelle: Eurostat, EU SILC, Berechnungen der GD EMPL (siehe Kapitel 1).



Ausgewählte makroökonomische Indikatoren, Indikatoren des Arbeitsmarkts und Sozialindikatoren für die EU28

	2008	2013	2017	2018
Reales BIP (jährliches Wachstum)	0,5	0,3	2,5	2,0
Beschäftigung				
jährliche Zunahme	1,0	-0,3	1,6	1,3
Zahl der Beschäftigten (in Tausend)	231 181	224 442	235 898	239 040
Erwerbsquote (insgesamt, 20-64)	70,2	68,4	72,2	73,2
Quote (Männer, 20-64)	77,8	74,3	78,0	79,0
Quote (Frauen, 20-64)	62,7	62,6	66,5	67,4
Arbeitsproduktivität (jährliches Wachstum)				
je beschäftigte Person	-0,5	0,6	0,9	0,6
je Arbeitsstunde	-0,3	1,0	1,3	0,8
Arbeitslosigkeit				
Quote (insgesamt, 15-74)	7,0	10,9	7,6	6,8
Quote (Männer, 15-74)	6,6	10,8	7,4	6,6
Quote (Frauen, 15-74)	7,5	10,9	7,9	7,1
Quote Junge Menschen (15-24)	15,9	23,8	16,8	15,2
Langzeitarbeitslosenquote	2,6	5,1	3,4	2,9
Dauerarbeitslosenquote	1,5	2,9	2,1	1,8
Arbeitslosenzahl (in Tausend)	16 768	26 334	18 774	16 887
Reales verfügbares Haushaltseinkommen pro Kopf (2008=100)	100,0	97,9	103,5	105,3
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote	23,7	24,6	22,4	
Ungleichheit				
Verhältnis der Einkommensquintile S80/S20	5,0	5,0	5,1	
GINI-Koeffizient des verfügbaren Einkommens	31,0	30,5	30,7	

Quelle: Eurostat (Nationale Daten, LFS, SILC)

Hinweis: Anteil der Bedrohung durch Armut und soziale Ausgrenzung, S80/20 und GINI im Jahr 2008 gelten für die EU27

2. NACHHALTIGES WACHSTUM UND ENTWICKLUNG IN DER EU: KONZEPT, DEFINITIONEN UND HERAUSFORDERUNGEN

Nachhaltige Entwicklung wird definiert als „eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. Diese Vision lag der Lissabon-Strategie von Juni 2000 zugrunde. Sie wurde in der Strategie Europa 2020 mit ihren ehrgeizigen Zielen in den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft weiterentwickelt. 2015 nahmen die Vereinten Nationen eine Resolution über die

Die EU unterstützt Ziele für nachhaltige Entwicklung auf EU- und auf globaler Ebene.

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung an, die eine umfassende globale Agenda für nachhaltige Entwicklung, die ihre Dimensionen Soziales, Wirtschaft, Umwelt und Governance gleichberechtigt abdeckt.

Die fünf wichtigsten Anliegen

der Europäer sind sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Natur

Der Vertrag über die Europäische Union schließt die nachhaltige Entwicklung in ihrer wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen Dimension als Grundziel der EU mit ein und hält das inklusive Wachstum für einen wesentlichen Bestandteil der Nachhaltigkeit. Die soziale Dimension umfasst die Förderung von Beschäftigung, guten

Die Dimensionen Wirtschaft, Soziales und Umwelt sind im Unionsrecht verankert und werden von den Europäern angenommen.

Arbeitsbedingungen und Wohlstand, die Verbesserung und Harmonisierung der Lebens- und Arbeitsstandards, den Kampf gegen soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, die soziale Gerechtigkeit, Entwicklung des Humankapitals, Gleichstellung der Geschlechter und den sozialen Dialog. Daten aus den Eurobarometer-Umfragen zeigen, dass alle drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung in der Liste der wichtigsten Anliegen der Unionsbürger einen der vorderen Plätze einnehmen. Laut der letzten Eurobarometer-Umfrage vom Herbst 2018 sind die fünf wichtigsten Anliegen der Unionsbürger „für sie selbst“ sozioökonomische und umweltpolitische Anliegen: Preisanstieg (32 %), Gesundheit und soziale Sicherheit (17 %), Renten (16 %), die finanzielle Situation ihres Haushalts (13 %) sowie Besteuerung, Bildung, die Umwelt und Klima- und Energiefragen (alle 10 %).

Die EU schneidet in internationalen Vergleichen des sozialen Fortschritts gut ab, was durch die zur Überwachung des Fortschritts in Richtung auf die Ziele für nachhaltige Entwicklung entwickelten Indizes bestätigt wird. Nichtsdestoweniger unterscheiden sich die Erfolge und Herausforderungen zwischen den Mitgliedstaaten sehr. Außerdem besteht die Gefahr, dass die Herausforderungen, die sich aus den Megatrends Alterung, Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel ergeben, die Nachhaltigkeit dieser Erfolge untergraben.

Während die EU in internationalen Vergleichen des sozialen Fortschritts einen hohen Rang erreicht, ist weiterer Fortschritt auf dem Weg zu einem nachhaltigen sozialen Europa nötig...

weniger als zwei Erwerbstätige

auf eine Person über 65 Jahren 2060 im Vergleich zu mehr als drei Erwerbstätigen gegenwärtig

Der demografische Wandel führt zu einer Zunahme der Zahl älterer Menschen und einer abnehmenden Bevölkerung im Erwerbsalter: zwischen heute und 2060 wird eine Zunahme der Menschen über 65 Jahre von 30,5 auf 51,6 pro 100 Menschen im Erwerbsalter (15-64) erwartet. Das impliziert, dass das Wirtschaftswachstum, um nachhaltig zu sein, sich in zunehmendem Maß auf

... das Wachstum der Produktivität und ihre breitere Verteilung in einer zunehmend digitalen Wirtschaft fördert ...

Produktivitätszuwächse und ihre weitere Verbreitung stützen muss. Dazu stehen Fragen der Generationengerechtigkeit und der finanziellen Nachhaltigkeit des Wohlfahrtsstaates auf dem Spiel. Die Digitalisierung hat Möglichkeiten für neue Formen der Arbeitsorganisation einschließlich Plattformarbeit sowie für die zunehmende Automatisierung der Arbeit eröffnet. Die Digitalisierung hat auch ein beträchtliches Potenzial zur Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere in innovativen, hochproduktiven Unternehmen und für gut ausgebildete Menschen mit hohem Qualifikationsniveau. Der Rechtsrahmen und die Systeme der sozialen Sicherung müssen sich weiterentwickeln, um diese neuen Formen der Arbeit besser abzudecken.

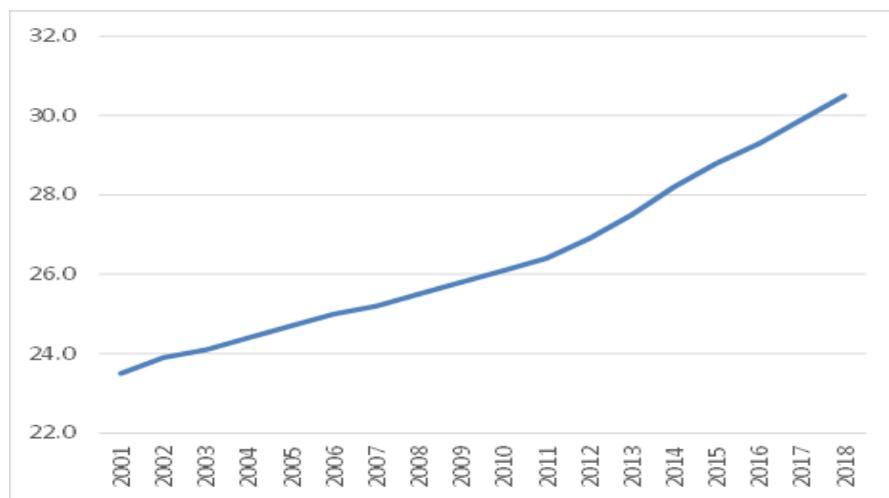
Zu den Herausforderungen für die soziale Nachhaltigkeit gehören die nach wie vor großen Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten und die aus der Segmentierung des Arbeitsmarkts und der Polarisierung von Fähigkeiten und Einkommen resultierenden fortbestehenden Ungleichheiten, die seit der Wirtschaftskrise aufgekommen sind. In einigen Fällen unterscheiden sich die Konvergenzmuster der Regionen von denen der Mitgliedstaaten. Zum Beispiel bestand im Zeitraum 2004-2016 zwischen den Mitgliedstaaten Konvergenz

... sowie Chancengleichheit, darunter an Orten, die einen schwierigen industriellen Strukturwandel durchmachen, mit Unterstützung von EU-Fonds und Werkzeugen der Industriepolitik.

betreffend die Beschäftigungsquote, jedoch wurde auf regionaler Ebene Divergenz verzeichnet. Eine Eindämmung geografischer Ungleichgewichte hängt von der Fähigkeit nationaler und subnationaler Territorien ab, nach oben zu konvergieren und in unterschiedlichen Gebieten gleichen Zugang zu Dienstleistungen zu garantieren. Um die Divergenz zu bekämpfen, ist ein Strategiemix nötig, der sowohl Menschen als auch Orte beim Wandel zu neuen Arten des Produzierens und Arbeitens begleitet und dabei lokale Besonderheiten respektiert. Ein solcher Strategiemix schließt Unterstützung durch EU-Struktur- und Investitionsfonds ein, insbesondere den Europäischen Sozialfonds, und kann von zunehmender Aufmerksamkeit für eine EU-Politik profitieren, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit und Innovation fördert.

Es gibt immer mehr Menschen im Rentenalter als im Erwerbsalter

Altenquotient (Bevölkerung über 65 durch Bevölkerung im Alter 15-64), EU-28. Quelle: Eurostat [demo-pjanind] (siehe Kapitel 2).



Bei einer Faktorenanalyse wurden vier Hauptkomponenten (Faktoren) ermittelt, die einander verstärken und die verschiedenen Dimensionen der Nachhaltigkeit miteinander verbinden. Diese Faktoren sind die Motivation für die vier Hauptkapitel unseres Berichtes. Die erste Komponente vereint Faktoren, die zu einem positiven Kreislauf beitragen, indem sie Produktivität und Effizienz durch Strategien fördern, die sich auf das Humankapital (Fähigkeiten und Sozialfürsorge allgemein) und auf Institutionen (funktionale Kollektivverhandlungen und Vertrauen in die Arbeit staatlicher Institutionen) konzentrieren. Der zweite Faktor dreht sich um die Effizienz des Arbeitsmarkts als eine Voraussetzung nachhaltiger Entwicklung. Er deckt strukturelle Schwächen in Produkt- und Arbeitsmärkten auf, die eine nachhaltige Entwicklung und damit Wettbewerbsfähigkeit, Lohnsteigerungen und Beschäftigungsaussichten untergraben. Ein dritter Faktor spiegelt günstige soziale Bedingungen wider und hängt mit der Effizienz des Wohlfahrtsstaates bei der Verringerung der Armutsquote und der Ungleichheit zusammen. Ein vierter Faktor schließlich stellt die Beschränkungen für Wachstum dar, die möglicherweise mit hohen Steuern zusammenhängen.

Eine gut ausgebildete Erwerbsbevölkerung, Arbeitsproduktivität, effiziente Arbeitsmärkte, Vertrauen in Institutionen und effiziente Sozialfürsorge sind zentrale Bestandteile einer nachhaltigen Entwicklung.

Eine Clusteranalyse weist auf beträchtliche Herausforderungen für die Nachhaltigkeit und auf fortbestehende Arbeitsmarktprobleme im Süden Europas mit hoher Arbeitslosigkeit, geringem Erfolg benachteiligter Gruppen am Arbeitsmarkt und einer schwachen Verhandlungsposition der Beschäftigten hin. Auf der anderen Seite wurden bei den meisten nordwestlichen Mitgliedstaaten solide Grundlagen für Nachhaltigkeit festgestellt: Investitionen in Fähigkeiten, die eine höhere Produktivität unterstützen, verstärkt durch effektive und vertrauenswürdige Institutionen. Diese Länder investieren auch mehr in Sozialfürsorge und weisen eine höhere Effizienz bei der Nutzung natürlicher Ressourcen auf. Die östlichen Mitgliedstaaten sind dabei, die anderen Mitgliedstaaten in Bezug auf BIP pro Kopf und Arbeitsproduktivität einzuholen,

Nicht alle Mitgliedstaaten befinden sich auf einem nachhaltigen Entwicklungspfad.

auch wenn die Tradition des sozialen Dialogs bei ihnen weniger entwickelt ist, das Vertrauen in ihre Institutionen niedriger bleibt und sie oft bei der Umsetzung von Politiken in Bezug auf Fähigkeiten und Umwelt hinterherhinken.

3. WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE GRUNDDATEN: VON PRODUKTIVITÄT ZU GERECHTEM UND NACHHALTIGEM WACHSTUM

19 % Wachstum der Totalen Faktorproduktivität in der EU seit 1995 gegenüber 24 % in den USA

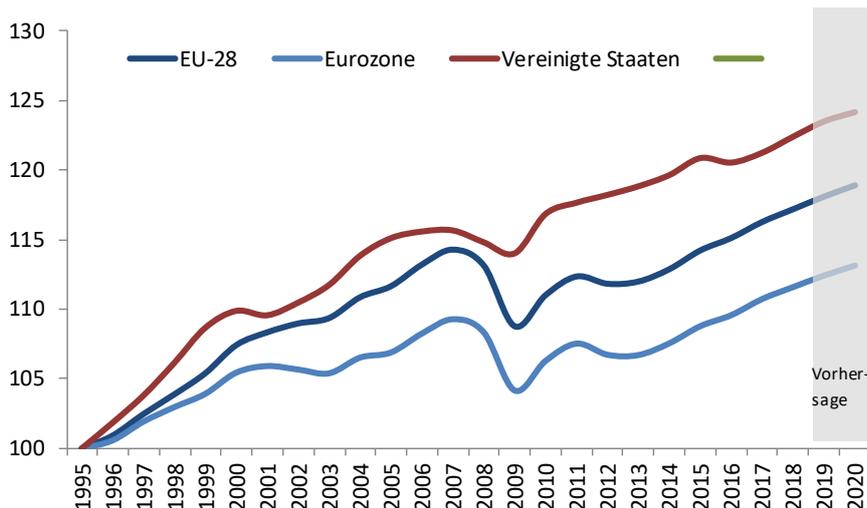
Wegen der Beschränkungen der Humanressourcen, die durch die Alterung der Bevölkerung gegeben sind, und der Knappheit der natürlichen Ressourcen muss das Wachstum in der EU in zunehmendem Maß auf einer Änderung der Produktions- und Verbrauchsweisen und auf einer effizienteren Nutzung der bestehenden Ressourcen beruhen. Eine chronische

Eine langsame Zunahme der Totalen Faktorproduktivität (TFP) und ihre zunehmende Ungleichheit gehört zu den wichtigsten Herausforderungen für die EU auf dem Gebiet der Nachhaltigkeit.

Herausforderung für Europa betrifft die Totale Faktorproduktivität (TFP), die den Teil des Wirtschaftswachstums misst, der nicht durch eine Zunahme der eingesetzten Faktoren, sondern durch eine höhere Effizienz in der Produktion verursacht ist. Die TFP ist ein wichtiger Indikator der Nachhaltigkeit des Wachstums. Das Wachstum der TFP in der EU ist im Vergleich zu anderen Wirtschaftsgebieten der Welt niedrig. Ihre Zunahme zwischen 1995 und 2020 (einschließlich Voraussagen für 2019 und 2020) wird für die EU auf 19 % geschätzt, gegenüber 24 % in den USA. Es gibt beträchtliche Unterschiede bei der TFP sowohl zwischen als auch innerhalb von Mitgliedstaaten sowie zwischen Sektoren und Unternehmen unterschiedlicher Größe. Das Niveau der TFP in den östlichen EU-Mitgliedstaaten konvergiert zum Durchschnitt der EU, wenn auch von niedrigen Ausgangsniveaus aus.

Die TFP der EU wächst langsamer als vor der Krise

TFP von 1995 bis 2020, 1995=100. Quelle: AMECO-Datenbank der Kommissionsdienststellen (siehe Kapitel 3).



Die Innovationskapazität einer Region und das Ausbildungsniveau ihrer Erwerbsbevölkerung erhöhen die totale Faktorproduktivität und Effizienz. Je weiter eine Region von der sogenannten „Technologiegrenze“ entfernt ist, umso höher ist tendenziell das Wachstum ihrer TFP und somit umso rascher ihre Konvergenz. Gleichzeitig hängt das TFP-Wachstumspotenzial einer Region von ihrer Kapazität zur Annahme neuer Technologien von fortgeschrittenen „technologischen Vergleichsregionen“ ab, und diese wiederum hängt von den Fähigkeiten ihrer Erwerbsbevölkerung ab. Je besser ausgebildet die

Auf Forschung und Entwicklung, Humankapital und effiziente Institutionen gestützte Innovation erhöht die TFP in den Regionen Europas...

Erwerbstätigen einer Region sind und je höher ihre Ausgaben für Forschung und Entwicklung, umso höher ist ihre Kapazität, neue Technologien anzunehmen. Effektive staatliche Institutionen und das Vertrauen von Bürgern und Unternehmen in diese Institutionen spielen bei der Steigerung der Produktivität ebenfalls eine Schlüsselrolle.

Eine Analyse auf Unternehmensebene zeigt, dass Firmen mit einer hohen TFP in der Regel in hochwertiges, innovatives Kapital investieren, im Gegensatz zu einer einfachen Vermehrung des bestehenden Kapitalstocks. Da sie auf diese Weise produktiver werden, schaffen sie mehr Arbeitsplätze und zahlen eine Produktivitätsprämie an ihre Mitarbeiter, sodass die Effizienz in der Produktion von höheren Löhnen begleitet wird. Im Export tätige Unternehmen weisen ebenfalls tendenziell eine höhere TFP auf, weil sie einem globalen Wettbewerb ausgesetzt und dadurch gezwungen sind, effizienter zu werden.

...wie auch in Unternehmen, was auch zu einer Dividende in Form von höheren Löhnen für Mitarbeiter führt.

**Effiziente Arbeitsmärkte,
innovatives Kapital,
gleiche Chancen und ein
gutes Arbeitsklima fördern
die TFP**

Die Unvollkommenheiten des Arbeitsmarktes lasten auf dem Wachstumspotenzial von Volkswirtschaften. Zu den Beispielen zählen Eintrittsbarrieren für bestimmte Arbeitnehmer, ungleicher Arbeitsplatzschutz oder eine geringe Verhandlungsmacht bestimmter Gruppen von

Der Ausschluss von Menschen von wichtigen Ressourcen und gleichen Chancen begrenzt das Wachstumspotenzial.

Arbeitnehmern im Vergleich zu anderen. Das unterstreicht die Bedeutung gleicher Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Die Segmentierung des Arbeitsmarkts durch Diskriminierung oder Ausschluss von Arbeits- oder Ausbildungsmöglichkeiten verfälscht die Lohnfindung und führt letztlich zu einer suboptimalen Ausnutzung des Faktors Arbeit, wodurch im Endeffekt das Wachstumspotenzial sinkt.

Laut der Europäischen Unternehmenserhebung (ECS) sind Manager der Ansicht, dass ein gutes Arbeitsklima, größere Autonomie der Mitarbeiter und ihr regelmäßiger Zugang zu Fortbildungsmöglichkeiten das Produktivitätswachstum fördern, unter anderem durch größere Motivation und einen niedrigeren Krankenstand, höhere Attraktivität für gut ausgebildete Arbeitskräfte und eine höhere Personalbindungsrate. Laut den Managern weisen Unternehmen, die neue Produkte entwickeln oder neue Produktionsprozesse einführen, ebenfalls eine höhere Produktivität auf.

In Unternehmen mit einem guten Arbeitsklima und Fortbildungsmöglichkeiten ist die Produktivität höher.

**BIP: +1 %
langfristig in weniger
entwickelten Regionen
durch ESF+-Förderung im
Zeitraum 2021-27**

EU-Instrumente und -Strategien spielen eine zentrale Rolle bei der Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und der Steigerung der Produktivität. Eine experimentelle Simulation zeigt, dass die Kohäsionspolitik der EU langfristige positive Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Die Simulation nimmt den Europäischen Sozialfonds

EU-Strategien und -Instrumente spielen eine zentrale Rolle: der Europäische Sozialfonds kann helfen, die Produktivität zu steigern, insbesondere in weniger entwickelten Regionen.

(ESF) als Beispiel. Der ESF trägt besonders zur Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter durch soziale Investitionen und Fortbildung bei. Für den Zeitraum 2021-2027 hat die Kommission Gesamtausgaben für ESF+ von 101,2 Milliarden EUR vorgeschlagen. Die Simulation zeigt, dass erwartet wird, dass von ESF+ unterstützte Investitionen auf die Wirtschaft der Empfängerländer Auswirkungen haben werden, die deutlich länger als bis 2027, dem letzten Jahr des Programms, anhalten. Besonders starke positive Auswirkungen werden in den weniger entwickelten Regionen (LDR) der EU erwartet, d. h. den Regionen, in denen das BIP pro Einwohner weniger als 75 % des Durchschnitts der EU erreicht. In diesen Regionen könnten vom ESF+ unterstützte Investitionen langfristig die Arbeitsproduktivität um 0,7 % und das BIP um 1 % im Vergleich mit dem Szenario ohne diese Investitionen steigern.

Strategien können beträchtlich zur Verbesserung der Produktivitätsleistung der EU beitragen. Modellsimulationen bestätigen die langfristigen positiven makroökonomischen Auswirkungen insbesondere staatlicher Fortbildungsförderung auf Unternehmen, die darauf ausgerichtet ist, ihre Mitarbeiter zu mehr Fortbildung zu motivieren. Die Finanzierungsquellen der Fortbildungsförderung sind unterschiedlich und umfassen öffentliche, private und geteilte Finanzierung. Das ist für

Öffentliche Förderung für Fortbildung und Weiterbildung erhöht die Produktivität und das BIP

ihre Auswirkungen, insbesondere auf Beschäftigung, BIP und den Lohnanteil, von Bedeutung. Fortbildung erhöht die Produktivität von Mitarbeitern und dementsprechend die Nachfrage nach Arbeit und die

Löhne. Die Auswirkungen solcher Maßnahmen hängen auch von den Zielgruppen ab. Eine Steigerung des allgemeinen Qualifikationsniveaus erfordert eine Verbindung von Fortbildungsförderung insbesondere für die weniger Qualifizierten und Anreizen, um zu ihrer Höherqualifizierung durch Weiterbildung zu ermutigen. Die resultierende Steigerung des durchschnittlichen Qualifikationsniveaus würde dazu beitragen, die Nachhaltigkeit durch eine Steigerung des Innovationspotenzials der Wirtschaft und Reallokation von Arbeit bei gleichzeitiger Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit der am stärksten Hilfsbedürftigen zu verbessern.

Förderung für Fortbildung kann die Produktivität steigern, insbesondere wenn sie sich auf die Menschen mit dem dringendsten Bedarf konzentriert und gleichzeitig Innovation und Investitionen in Exzellenz fördert.

4. IN MENSCHEN UND SOZIALE NACHHALTIGKEIT INVESTIEREN: KURZFRISTIGE KOSTEN UND LANGFRISTIGE VORTEILE

Die Steigerung der Fähigkeiten und Qualifikationen der Erwerbsbevölkerung der EU und die Stärkung ihres Innovationspotenzials sind nur einige wenige Bereiche, in denen zur Förderung der Nachhaltigkeit Investitionen erforderlich sind. Aufgrund der umfangreichen demografischen und technologischen Veränderungen besteht ein breiter Konsens über die Notwendigkeit, in Menschen zu investieren. Solche „sozialen Investitionen“ helfen bei der Verbesserung des Wohlbefindens der Individuen sowie der Prävention und Milderung sozialer Risiken, indem sie die Bürger in die Lage versetzen, neue Fähigkeiten zu erwerben und im Arbeitsmarkt aktiv zu werden oder zu bleiben, und indem sie ihnen in kritischen Lebenssituationen Unterstützung bieten. Dieses Kapitel konzentriert sich auf ausgewählte Bereiche mit Bezug zu solchen Situationen, insbesondere Kinderbetreuung und Langzeitpflege, Allgemeinbildung, Berufsbildung und Fähigkeiten sowie Wohnraumversorgung.

Soziale Investitionen versetzen Menschen in die Lage, ihr Potenzial auszuschöpfen, und unterstützen sie an kritischen Wendepunkten ihres Lebens.

Die Vorteile durch soziale Investitionen sind in frühen Lebensphasen höher

Erwartete Vorteile aus sozialen Investitionen nach Lebensphase. Quelle: J. Kvist (2014). „A framework for social investment strategies: Integrating generational, life course and gender perspectives in the EU social investment strategy.“ *Comparative European Politics*, 13(1), 131-149 (siehe Kapitel 4).



Investitionen in Kinder und Familien und die Förderung gleicher Chancen können verschiedene Formen annehmen, unter anderem bezahlbare und hochwertige frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (ECEC) und Langzeitpflege (LTC). Einkommensunterstützung durch Sozialtransfers kann insbesondere helfen, Benachteiligungen zu bekämpfen, die durch ungleiche Chancen von Kindern sowie z. B. fehlenden Zugang zu Dienstleistungen in ländlichen Gebieten oder Armut im Alter zustande kommen.

Investitionen in Kinderbetreuung und Langzeitpflege sowie Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen helfen bei der Bekämpfung von Benachteiligungen.

Mehr als 20 Stunden/Woche ist der größte Unterschied zwischen Mitgliedstaaten bei der Nutzung von Kinderbetreuung

Zwischen 2008 und 2016 haben die familienbezogenen Ausgaben pro Kind in den meisten Mitgliedstaaten zugenommen. Die Nutzung formaler Kinderbetreuung hat in der EU beträchtlich zugenommen, auch wenn noch Spielraum für weitere Verbesserungen bleibt. Die Hälfte der Mitgliedstaaten hat die im Jahr 2002 festgelegten zwei Barcelona-Ziele zur Nutzung formaler Kinderbetreuung, d. h. bis 2010 für mindestens 90 % der Kinder zwischen drei Jahren und dem schulpflichtigen Alter und für mindestens 33 % der Kinder unter drei Jahren Kinderbetreuung zu leisten, noch nicht erreicht. Die durchschnittliche Nutzung formaler Kinderbetreuung in Stunden pro Woche im Jahr 2017 schwankte um mehr als 20 Stunden zwischen den Mitgliedstaaten.

Die Nutzung von Kinderbetreuung ist in den Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich.

Mehr als 14 Prozentpunkte beträgt der Unterschied der Beschäftigungsquote zwischen Müttern und anderen Frauen i. d. EU

Die Verfügbarkeit bezahlbarer und hochwertiger Kinderbetreuung ist für Eltern wichtig, weil sie Anreize zur Erwerbstätigkeit setzt oder diese ermöglicht. Es gibt Belege dafür, dass Kinderbetreuung eine entscheidende Rolle bei den Entscheidungen von Müttern und Haushalten über die Teilnahme am Arbeitsmarkt spielt: 2017 betrug die Beschäftigungsquote von Müttern mit Kindern im Alter von sechs Jahren oder jünger in der EU 64,6 % gegenüber 79 % bei Frauen ohne Kinder. Die Verfügbarkeit und Bezahlbarkeit von Kinderbetrieungsdiensten kann die Unterschiede in der Erwerbstätigkeit von Frauen in der EU zu einem großen Teil erklären. Je höher die Nutzung formaler Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren ist, umso höher ist die Beschäftigungsquote von Frauen. Schweden und Tschechien sind zwei eindeutige Beispiele dieses Zusammenhangs an den entgegengesetzten Enden des

Zugang zu Kinderbetreuung ermöglicht es den Eltern, zu arbeiten.

Spektrums. In Schweden wird die hohe Beschäftigungsquote von Müttern (82,8 %) von einer verbreiteten Nutzung von Kinderbetreuung (52,6 %) begleitet, während Tschechien sowohl eine niedrige Beschäftigungsquote von Müttern (45,1 %) als auch eine sehr geringe Nutzung von Kinderbetreuung aufweist (6,5 %).

Die durchschnittliche Nutzung von Kinderbetreuung durch reichere Familien ist mehr als doppelt so hoch wie bei ärmeren Familien

Kinderbetreuung ist nicht nur für die Beschäftigung der Mütter positiv. Formale Kinderbetreuungsdienste bieten Kindern eine anregende Umgebung, in der sie neue Fähigkeiten erwerben können, auf denen sie während ihres ganzen Lebens aufbauen können, und die Ungleichheiten beim Beginn der Schullaufbahn verringern können. Es

Ärmere Familien nutzen Kinderbetreuung tendenziell in geringerem Umfang.

ist wichtig, dass diese Dienstleistungen für alle sozialen Gruppen, insbesondere die am stärksten benachteiligten, angeboten werden. Ärmere Familien nutzen Kinderbetreuungsdienste jedoch in geringerem Umfang als reichere Familien, und die fehlende Bezahlbarkeit ist der Hauptgrund dafür. Auf EU-Ebene beträgt die durchschnittliche Nutzung von Kinderbetreuung für Kinder bis zum Alter von drei Jahren durch die Familien des ärmsten Quintils der Einkommensverteilung 18,3 %, während die durchschnittliche Nutzung durch Familien aus dem obersten Quintil 42,5 % (in Vollzeitäquivalenten von 30 Stunden pro Woche für jedes angemeldete Kind gerechnet) beträgt.

Die öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege werden von 1,6 % des BIP 2016 auf 2,7 % im Jahr 2070 zunehmen

Durch die Alterung der Bevölkerung wird eine substanzielle Steigerung der öffentlichen Ausgaben für Langzeitpflege während der kommenden Jahrzehnte erwartet (von 1,6 % des BIP im Jahr 2016 auf 2,7 % im Jahr 2070). Die Bereitstellung hochwertiger und bezahlbarer Lösungen für Langzeitpflege und Work-Life-Balance (wie flexible Arbeit und

Die Alterung der Bevölkerung wird Auswirkungen auf die Langzeitpflege haben.

Pflegeurlaub) kann die Belastung von Menschen mit Pflegeverantwortung verringern und dadurch positive Auswirkungen auf ihre Beschäftigung haben.

Das europäische Sozialmodell sieht seit jeher Fähigkeiten als eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbesserung der Teilnahme am Arbeitsmarkt und der Steigerung von Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit. Eine Erwerbsbevölkerung mit einem aktuellen Satz an Fähigkeiten ist eine zentrale Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltiges Wachstum.

Fähigkeiten sind der Schlüssel zur Teilnahme am Arbeitsmarkt und zukünftigem Wachstum.

45 % größere Wahrscheinlichkeit bei Menschen mit tertiärer Bildung, Arbeit zu haben

Die Staaten der EU finanzieren mehr als 80 % der Bildungsausgaben. Die nominellen Investitionen in die Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung sind in den letzten Jahren gestiegen, wenn auch weniger als das BIP. Die realen Bildungsausgaben pro Schüler/Student sind in der EU insgesamt ungefähr gleich geblieben

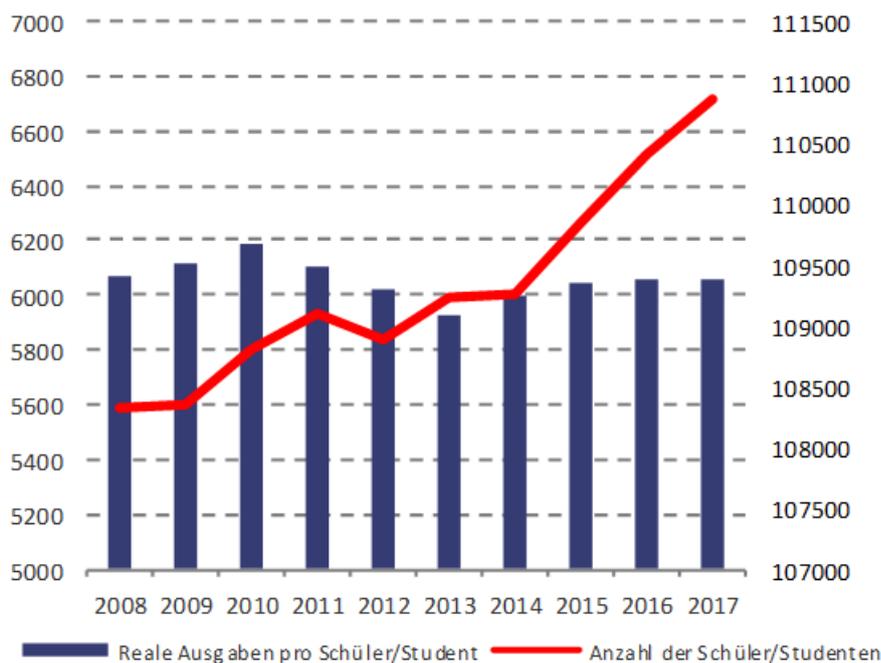
Höhere Qualifikationen bringen wichtige Vorteile für den Einzelnen und die Gesellschaft, jedoch fallen die Ausgaben für Bildung zurück.

und in einigen Mitgliedstaaten, insbesondere Irland, Griechenland und dem vereinigten Königreich, gefallen. Investitionen in Bildung haben mehrere positive Nebeneffekte. Höhere Qualifikationen sind mit höheren Beschäftigungsquoten und höheren Löhnen verbunden (+16 % für Menschen mit Sekundarbildung, +45 % für Menschen mit tertiärer Bildung) sowie mit besseren Gesundheitsbedingungen für die Individuen. Zu den Vorteilen für die Gesellschaft zählen höhere Steuereinnahmen und Sozialbeiträge, geringere Sozialausgaben und aktivere Bürger. Da jedoch der Erfolg in der tertiären Bildung über

Generationen korreliert, besteht die Gefahr akkumulierter Vorteile (der sogenannte „Matthäus-Effekt“), d.h. dass öffentliche Ausgaben für Bildung letztlich Familien, die bereits über ein gutes Bildungsniveau verfügen, mehr Vorteile verschaffen als denen, die über dieses Bildungsniveau nicht verfügen.

Während die Zahl der Schüler bzw. Studenten schrittweise gestiegen ist, liegen die realen Ausgaben pro Schüler/Student etwa auf derselben Höhe wie vor der Krise

Entwicklung der Schüler-/Studentenzahlen und reale Bildungsausgaben pro Schüler/Student im Zeitraum 2008-2017; Schüler-/Studentenzahl (in Tausenden) auf der rechten Seite und reale Durchschnittsausgaben (in EUR) pro Schüler/Student auf der linken Seite. Quelle: Berechnungen der GD EMPL auf der Grundlage von Eurostat-Daten (siehe Kapitel 4).



Arbeitserfahrung während des Studiums als Teil des Studienplans erhöht die Chancen auf eine nachfolgende Beschäftigung. Europäer mit bezahlter Arbeitserfahrung während ihres Studiums hatten eine um 9 % höhere Wahrscheinlichkeit, in Beschäftigung zu stehen, als diejenigen ohne eine solche Erfahrung. Berufsbezogene Bildungswege in der Sekundarstufe sind ebenfalls mit höherer Beschäftigung verbunden. Diese Effekte gelten für alle Gruppen, auch wenn die Wahrscheinlichkeit einer Beschäftigung im Allgemeinen für EU-mobiler Bürger (um bis zu 6 %) höher und für Menschen mit einem Migrationshintergrund außerhalb der EU (um bis zu 11 %) niedriger ist.

Arbeitserfahrung und Berufsbildung verbessern die Chancen, eine Stelle zu finden.

Die allgemeine und berufliche Bildung für Erwachsene gewinnt in der EU an Bedeutung, wobei die informelle Berufsbildung eine Schrittmacherrolle spielt. Das spiegelt sehr wahrscheinlich die höhere Flexibilität der informellen Berufsbildung, ihre geringeren Kosten und die begrenzte Übertragbarkeit der in einer solchen Ausbildung erworbenen Fähigkeiten wider: alle diese Faktoren machen sie für die Arbeitgeber, die sie finanzieren, attraktiv.

Erwachsenenbildung und informelle Berufsbildung nehmen zu.

Die Wohnraumversorgung unterscheidet sich als Sektor und als Politikbereich von befähigenden sozialen Strategien, die unmittelbar in Menschen investieren. Der Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum, einschließlich Sozialwohnungen, ist ein wichtiger Faktor, der Europäer in die Lage versetzt, Zugang zu Möglichkeiten der allgemeinen und beruflichen Bildung zu genießen und in den Arbeitsmarkt einzutreten und darin zu bleiben, wo sie ihr Potenzial am besten entfalten und am Gemeinschaftsleben und relevanten sozialen Netzwerken teilnehmen können. Auf diese Weise trägt die Wohnraumversorgung direkt und indirekt zum Erwerb von Fähigkeiten, gesteigerter Produktivität, nachhaltigem Wachstum und sozialem Zusammenhalt bei. Bezahlbarer

Zugang zu bezahlbarem Wohnraum ist eine zentrale Voraussetzung für Bildung und Beschäftigung, wie überhaupt für die soziale Teilhabe.

Wohnraum ist ein entscheidender Faktor beim Zugang zu befähigenden öffentlichen Dienstleistungen und Übergängen auf dem Arbeitsmarkt. Unangemessener Wohnraum kann langfristige negative Auswirkungen auf die Gesundheit und die soziale Teilhabe haben. Die Wohnungssituation ist in den EU-Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich, was Faktoren wie Bezahlbarkeit, Qualität, Eigentümerstatus und durchschnittliche Mietdauer betrifft.

28 % der Mieter geben mehr als 40 % ihres Einkommens für Wohnkosten aus

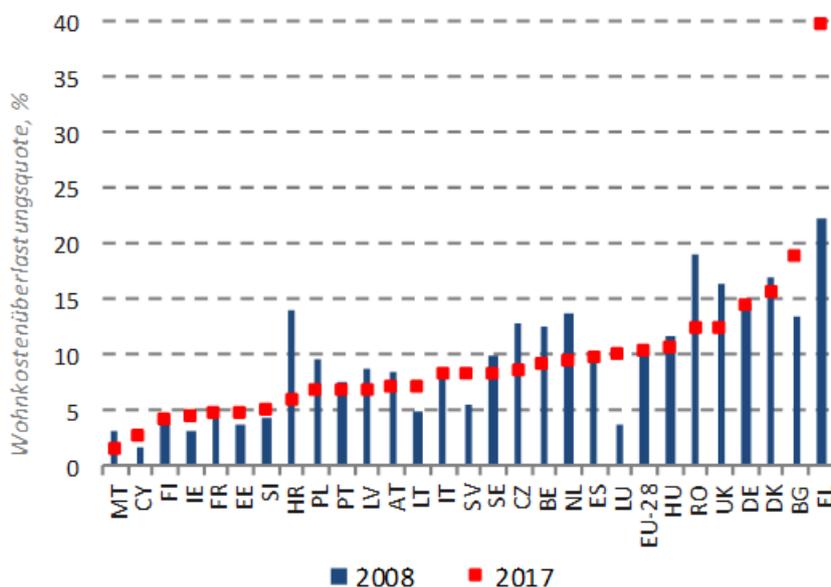
Die „Tageswohnkosten“ hängen von den Kosten für die Hauptwohnung ab, zu denen die Kosten für das Haus/Wohnung (Hypothek oder Miete) sowie die Kosten für Versorgungsleistungen und Versicherungen gehören. Mehrere Indikatoren weisen auf eine positive

Während insgesamt Wohnungskosten und finanzielle Überlastung in der EU abgenommen haben, bleibt die Bezahlbarkeit von Wohnraum für Mieter und Alleinerziehende vor allem in Städten ein Problem.

Entwicklung in der EU seit der wirtschaftlichen Erholung hin. Der Anteil der Wohnkosten am verfügbaren Einkommen nahm im Durchschnitt von 22,7 % des verfügbaren Einkommens im Jahr 2014 auf 21,4 % im Jahr 2017 ab. Schwere Belastungen durch Wohnkosten (nach eigenen Angaben) nahmen von einem Höchststand von 38 % aller Haushalte im Jahr 2013 auf 31 % im Jahr 2017 ab. Gleichzeitig nahm der Anteil der Haushalte, die mehr als zwei Fünftel ihres Einkommens für Wohnkosten ausgaben, von 11,6 % auf 10,4 % der Bevölkerung ab, auch wenn die Situation je nach Mitgliedstaat unterschiedlich ist. Trotz dieser positiven Entwicklungen gibt es bestimmte Gruppen, die mit größerer Wahrscheinlichkeit Probleme mit der Bezahlbarkeit ihres Wohnraums haben: Mieter, Alleinstehende, vor allem solche mit Kindern und in Städten.

Einer von zehn Europäern gibt mehr als 40 % seines Einkommens für Wohnkosten aus

Wohnkostenüberlastungsquote, 2008-2017. Quelle: Eurostat, EU-SILC (siehe Kapitel 4).



Die schwere wohnungsbezogene Entbehrung nimmt ab, insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Jedoch lebt ungefähr einer von sieben Europäern in einer Wohnung mit undichtem Dach, feuchten Wänden, feuchtem Boden oder Fundament oder Fäulnis in Fensterrahmen oder auf dem Boden. Diese Probleme betreffen vor allem Mieter, einschließlich Mieter in Sozialwohnungen. Eigentümer mit Hypotheken sind tendenziell die am wenigsten benachteiligte Gruppe, sowohl was die Bezahlbarkeit als auch was die wohnungsbezogene Entbehrung angeht. Trotz allgemeiner Verbesserungen bei der Bezahlbarkeit und Qualität des Wohnraums nehmen extreme Formen der Exklusion bei der Wohnraumversorgung wie Obdachlosigkeit in vielen Ländern zu.

Die schwere wohnungsbezogene Entbehrung in der EU nimmt ab, jedoch nimmt in einigen Mitgliedstaaten die Obdachlosigkeit zu.

Über den sozialen Zusammenhalt hinaus spielt die Wohnraumversorgung eine wichtige Rolle bei der Förderung von nachhaltigem Wachstum, indem sie Mobilität und eine effiziente Arbeitskräfteallokation ermöglicht. Die Wohnraumversorgung ist auch ein für die ökologische Nachhaltigkeit wichtiger Sektor. Fernpendler schaffen negative ökologische Nebenwirkungen, während Wohngebäude für ein Viertel des Energieverbrauchs in der EU verantwortlich sind.

Die Wohnraumversorgung hat Auswirkungen auf Arbeitskräftemobilität, Energienutzung, Umweltverschmutzung und somit auf die wirtschaftliche und ökologische Nachhaltigkeit.

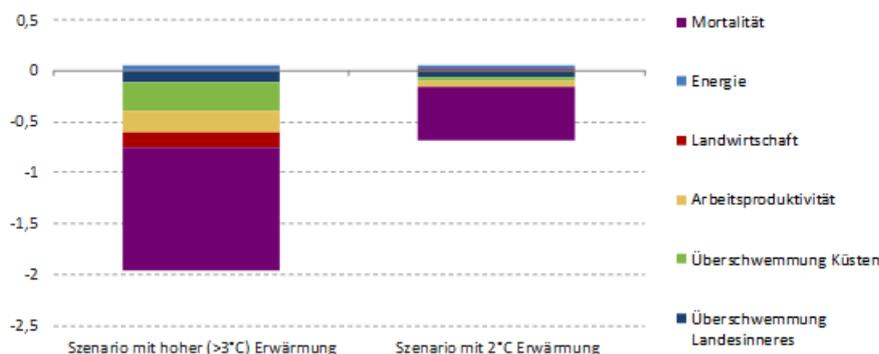
5. AUF DEM WEG ZU EINER UMWELTFREUNDLICHEREN ZUKUNFT: BESCHÄFTIGUNG UND SOZIALE AUSWIRKUNGEN DES KLIMAWANDELS

Die ökologische Nachhaltigkeit ist eine der vielen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Es gibt viele Synergien zwischen ökologischer Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, von den Auswirkungen der Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten auf die Beschäftigung, über Auswirkungen auf Arbeitsplatzqualität und Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz bis hin zu neuen Innovationschancen. Untätigkeit bei ökologischen und Klimaproblemen würde enorme sozioökonomische Kosten verursachen, zu häufigen extremen Wetterereignissen und Naturkatastrophen führen und langfristig das BIP der EU um bis zu 2 % bzw. das BIP in Südeuropa um bis zu 4 % verringern. Ein Fortschritt auf dem Weg zu einem Nachhaltigen Europa 2030 und die Verwirklichung der in der Mitteilung der Kommission „Ein sauberer Planet für alle“ vom November 2018 definierten ehrgeizigen Visionen erfordern einen breiten Strategiemix. Notwendig ist auch nach eine zeitige Umsetzung von Maßnahmen auf EU-, nationaler und regionaler Ebene in den Bereichen Energie und Verkehr, Besteuerung, Forschung, Industrie- und Wettbewerbspolitik sowie Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Wie soziale Investitionen bringen Klimainvestitionen langfristige und weitgehend universelle Vorteile, haben jedoch kurzfristige und stark konzentrierte Kosten.

Der Fortschritt zu einem Nachhaltigen Europa 2030 erfordert einen breiten Strategiemix und bietet viele Vorteile.

Wohlfahrtsverluste in der EU durch Untätigkeit in Klimafragen nach hauptsächlichlicher sozioökonomischer Auswirkung

in % des BIP. Quelle: Europäische Kommission, PESETA III-Studien, Gemeinsame Forschungsstelle, Sevilla.



75 % der Arbeitskräfte in der EU sind in Sektoren beschäftigt, die weniger als 10 % der CO₂-Emissionen produzieren

Die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wertschöpfung in der EU finden zunehmend in Sektoren mit relativ geringem Rohstoffeinsatz statt. Stromerzeugung, Verkehr, mineralgewinnende Industriezweige, Landwirtschaft und Herstellung produzieren zusammen fast 90 % der CO₂-Emissionen nach

CO₂-arme Sektoren stehen an der Spitze des Strukturwandels und der Schaffung von Arbeitsplätzen, aber der Fortschritt geschieht nicht automatisch.

Wirtschaftssektoren, sind aber für weniger als 25 % der Arbeitsplätze und des Bruttomehrwerts in der EU verantwortlich. Diese Sektoren müssen ihre

Emissionen verringern, und die Erwartungen in dieser Hinsicht nehmen zu. Forschung und Innovation sowie neue Technologien können helfen, diese Erwartungen zu erfüllen. CO₂-arme Sektoren und Dienstleistungssektoren dagegen sind für weniger als 10 % aller Kohlendioxidemissionen verantwortlich, aber sie beschäftigen mehr als 70 % der Erwerbsbevölkerung der EU und sind auch die Sektoren mit der stärksten Beschäftigungszunahme. Der Fortschritt ist jedoch nicht automatisch, da die Dienstleistungssektoren ebenfalls zunehmend auf Elektrizität angewiesen sind. Das bedeutet, dass gezielte Strategien nötig sind, um den Prozess der Dekarbonisierung zu steuern.

**1,2 Millionen mehr
Arbeitsplätze
sind vielleicht nur ein
Vorteil des grünen
Strukturwandels**

Insgesamt zeigen die Prognosen der Auswirkungen einer vollständigen Umsetzung des Übereinkommens von Paris ⁽⁹⁾, dass der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft zu einem Wachstum des BIP um bis zu 1,1 % zusätzlich und der Beschäftigung um bis zu 0,5 % zusätzlich im Vergleich mit einem Szenario ohne diese Strategien führen könnte. Das entspricht 1,2 Millionen

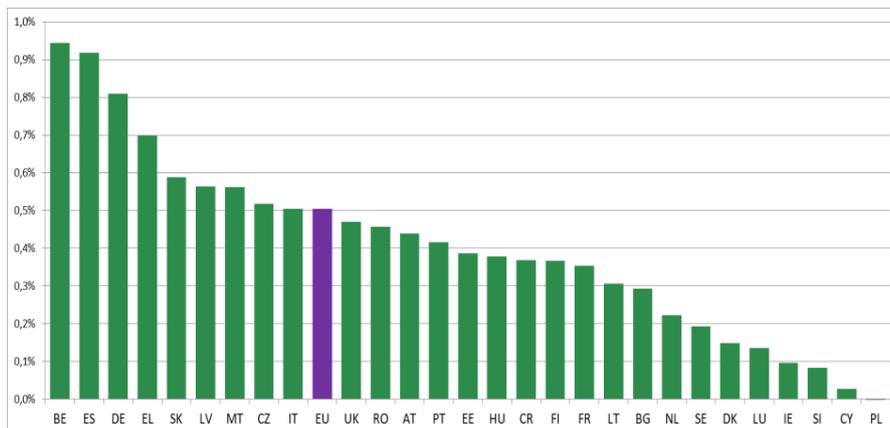
Der Strukturwandel hin zu einer CO₂-armen Wirtschaft trägt zum Wachstum des BIP bei und mildert die Polarisierung der Arbeitsplätze ab.

zusätzlichen Arbeitsplätzen in der EU bis 2030, zusätzlich zu den bereits erwarteten 12 Millionen neuen Arbeitsplätzen. Die Schaffung von Arbeitsplätzen wird am meisten in den wachsenden grünen Sektoren sowohl im Industrie- als auch im Dienstleistungsbereich erwartet, darunter Bauwesen, Abfallmanagement und nachhaltige Finanzen. Die positiven Auswirkungen auf das BIP und die Beschäftigung ergeben sich hauptsächlich aus den zur Erreichung dieses Wandels erforderlichen Investitionen, verbunden mit verringerten Ausgaben für Einfuhren fossiler Brennstoffe. Darüber hinaus würden niedrigere Verbraucherpreise, insbesondere für Solarstrom, die verfügbaren Einkommen, die Verbraucherausgaben und infolgedessen die Nachfrage nach (in der Regel arbeitsintensiven) Verbraucherdienstleistungen steigern. Der Strukturwandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft könnte auch die im Gang befindliche Polarisierung der Arbeitsplätze abmildern, die aus der Automatisierung und Digitalisierung resultiert, indem Arbeitsplätze in der Mitte der Fähigkeiten- und Einkommensskala geschaffen werden. Diese Auswirkungen variieren allerdings sehr zwischen Sektoren und Ländern, sind aber insgesamt positiv. Längerfristige Vorhersagen (für das Jahr 2050) bestätigen ähnlich positive Auswirkungen auf die Gesamtbeschäftigung, insbesondere wenn die CO₂-Einkünfte benutzt werden, um eine Verschiebung der Besteuerungsgrundlage von Arbeits- hin zu Umweltsteuern zu schaffen.

Beschäftigungszuwachs durch Klimaschutzmaßnahmen in den EU-Mitgliedstaaten, 2030

Beschäftigungsauswirkungen nach Ländern, Abweichungen vom Basisszenario in % im Jahr 2030. Quelle: Eurofound (2019), Future of manufacturing - Energy scenario: Employment implications of the Paris Climate Agreement, Eurofound Research Report, Februar 2019 (siehe Kapitel 5).

⁽⁹⁾ Eurofound (2019), Future of manufacturing - Energy scenario: Employment implications of the Paris Climate Agreement, Eurofound Research Report, Februar 2019



Der Strukturwandel zu einer CO₂-armen, klimaneutralen Kreislaufwirtschaft wird nicht in jedem Fall inklusiv sein, da er potenziell beträchtliche Kosten und Risiken für bestimmte Sektoren impliziert. Notwendige Maßnahmen und Reformen können erhebliche Auswirkungen auf Menschen und Regionen haben, darunter eine beträchtliche Reallokation von Arbeitskräften zwischen den Sektoren und tiefgreifende Veränderungen in zukünftigen Anforderungen an Fähigkeiten. EU-Instrumente wie der ESF und der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) sowie der Europäische Soziale Dialog können zu einem gerechten Strukturwandel beitragen, indem sie während des Wandels Arbeitnehmer und Familien unterstützen, die von Arbeit in energieintensiven Sektoren anhängig waren, zum Beispiel durch Umschulung, Neuausbildung, individualisierte Beratung bei der Arbeitsplatzsuche und gegebenenfalls Einkommensersatz.

Der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft ist jedoch nicht in jedem Fall inklusiv und ist ebenfalls von Risiken, einschließlich des Risikos der Arbeitsreallokation, begleitet.

Angemessene Heizung, Kühlung, Beleuchtung und Energie für den Betrieb von Geräten ist zur Sicherung eines würdigen Lebensstandards unverzichtbar. Ein mit der Dekarbonisierung verbundenes Risiko ist das der Energiearmut, wobei ein zunehmender Anteil der Haushalte durch eine Verbindung von niedrigem Einkommen, hohen Energiekosten und schlechter Energieeffizienz ihrer Wohnungen nicht in der Lage ist, sich Heizung oder andere Energiedienstleistungen zu leisten. Energiearmut hat Auswirkungen auf die Gesundheit, die Umwelt und die Produktivität. Das unterstreicht die Wichtigkeit von bezahlbarem und hochwertigem Wohnraum, einschließlich Sozialwohnungen, für soziale Gerechtigkeit und zur Sicherstellung der Akzeptanz der Klimaschutzmaßnahmen. Die Energiepreise, einer der wichtigsten Ursachen für Energiearmut, sind in den letzten zwei Jahrzehnten substantiell angestiegen, was den finanziellen Druck auf die Haushalte erhöht hat. Durch gut auf Zielgruppen ausgerichtete Sozialleistungen, Sozialwohnungen und Unterstützung für Energierechnungen sowie Maßnahmen für die Energieeffizienz kann die Energiearmut gemildert werden. Insgesamt hat es in letzter Zeit einige positive Entwicklungen in der EU gegeben, und die Unfähigkeit, die eigene Wohnung warm zu halten, ist im Durchschnitt unter das Niveau von 2010 gesunken. Jedoch sind nicht nur Haushalte mit geringem Einkommen, sondern in manchen Mitgliedstaaten auch ein signifikanter Teil der Haushalte mit mittlerem Einkommen immer noch nicht in der Lage, ihre Wohnungen warm zu halten, insbesondere in Städten und ländlichen Gebieten. Das Maßnahmenpaket „Saubere Energie für alle Europäer“ bringt einen neuen und ganzheitlichen Fokus auf Energiearmut in der EU-Energiepolitik – es nimmt sie in der Gesetzgebung über den Energiemarkt, die Gesetzgebung zur Energieeffizienz und in den Nationalen Energie- und Klimaplänen in Angriff. Das stellt eine Schlüsselkomponente der Sicherstellung eines gerechten Wandels dar.

Ein anderes potenzielles Risiko ist Energiearmut, die in der EU abgenommen hat, aber immer noch Haushalte mit niedrigem und mittlerem Einkommen in mehreren Mitgliedstaaten betrifft.

Luftverschmutzung ist das größte umweltbezogene Gesundheitsrisiko in der EU, das ungefähr 400 000 vorzeitige Todesfälle jährlich verursacht. Die Emissionen der Hauptluftschadstoffe haben in der EU zwar abgenommen, aber sie übersteigen immer noch die einschlägigen Richtlinien der EU und der Weltgesundheitsorganisation. Einige Gruppen sind den negativen Auswirkungen der Luftverschmutzung stärker ausgesetzt als andere, zum Beispiel Kinder, ältere Menschen, Menschen mit bereits bestehenden Gesundheitsproblemen und mit weniger günstigen sozioökonomischen Ausgangsbedingungen. Mehr Stadt- als Landbewohner geben an, Verschmutzung und anderen Umweltproblemen ausgesetzt zu sein. Die Bekämpfung von Luftverschmutzung durch Klimaschutzmaßnahmen ist eine Gelegenheit, öffentliche und politische Unterstützung für Klimaschutzstrategien zu gewinnen, weil die Vorteile durch verringerte Luftverschmutzung im Vergleich mit den Ergebnissen abstrakterer Klimaschutzmaßnahmen lokal und sichtbar sind und kurzfristig entstehen. Gezielte Maßnahmen, darunter die zu den Klimaschutzmaßnahmen gehörenden, könnten bis 2050 ein Drittel der vorzeitigen Todesfälle verhindern.

Die Luftverschmutzung ist das stärkste umweltbezogene Gesundheitsrisiko in der EU, das vor allem ältere Menschen, Kinder und ärmere Menschen betrifft.

Schließlich bietet die Umstellung der Produktions- und Verbrauchsgewohnheiten und die Schaffung umweltfreundlicher Arbeitsplätze auch Möglichkeiten für klimafreundliches und integratives Wachstum mit Innovation und Produktivitätsgewinnen für Unternehmen und höherem Wohlstand für die Menschen. Umweltbezogene Besteuerung, insbesondere eine Verschiebung der Besteuerung von Arbeit vor allem zu Energieverbrauch, Abfall und Umweltverschmutzung, könnte dabei helfen, gesellschaftliche und umweltpolitische Externalitäten einzubeziehen, die Schaffung von „Verschmutzungssoasen“ zu vermeiden und Anreize zur Ressourcenreallokation und zur Neuorientierung globaler Wertschöpfungsketten hin zu einer wenig energieintensiven und CO₂-armen Produktionsweise zu schaffen.

Klimaschutzmaßnahmen bieten neue Gelegenheiten für Technologie- und Prozessinnovationen, die die Produktivität von Unternehmen fördern.

6. NACHHALTIGKEIT UND GOVERNANCE: DIE ROLLE DES SOZIALEN DIALOGS

Der soziale Dialog spielt bei der Förderung der Nachhaltigkeit in allen ihren Dimensionen, der wirtschaftlichen, sozialen und umweltpolitischen, eine wichtige Rolle. Wegen der wesentlichen Herausforderungen im Zusammenhang mit einem gerechten Übergang zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft und nachhaltigem Wachstum ist es entscheidend, die Sozialpartner einzubeziehen, um relevante Informationen zu berücksichtigen und einen Konsens zu den Maßnahmen zu erzielen. Der soziale Dialog kann beträchtliche Erfahrung bei der Erleichterung von Kooperation und Synergien zwischen Partnern einbringen. Die Sozialpartner tragen aktiv zur Umsetzung der Europäischen Säule sozialer Rechte und der EU-Politikagenden bei. Sie tragen auch zum Fortschritt in Richtung einiger Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) bei, insbesondere durch Folgendes: a) Förderung von Gleichheit am Arbeitsplatz und guten Arbeitsbedingungen, b) Einsatz für Inklusivität, c) Einigung auf Schritte zu umweltfreundlicheren Arten, unsere Wirtschaft zu betreiben, und d) Stärkung der demokratischen Grundlagen unserer Gesellschaften.

Die Sozialpartner tragen durch ihren Einsatz für gute, inklusive Arbeitsplätze und eine Multi-Stakeholder-Governance zu einer nachhaltigen Entwicklung bei.

Die Gewerkschaftsdichte ist in dem Mitgliedstaat mit dem geringsten Anteil von Erwerbstätigenarmut um 45 Prozentpunkte höher als in dem Mitgliedstaat mit dem höchsten Anteil von Erwerbstätigenarmut

Zentrale Grundsätze des sozialen Dialogs wie Gerechtigkeit am Arbeitsplatz, zufriedenstellende Arbeitsbedingungen und Arbeitnehmerrechte stehen im Zentrum der sozialen und wirtschaftlichen Dimensionen der Nachhaltigkeit. Die Daten zeigen, dass Tarifverhandlungen die Lohnspreizung reduzieren, dass eine stärkere Zentralisierung der Tarifverhandlungen mit geringerer

Tarifverhandlungen korrelieren mit positiven sozialen Ergebnissen, unter anderem einer Abnahme der Lohnungleichheit.

Einkommensungleichheit assoziiert ist und dass eine höhere Gewerkschaftsdichte mit geringeren Quoten von Armut trotz Erwerbstätigkeit verbunden ist. Im Allgemeinen verbessert tendenziell eine Vertretung der

Mitarbeiter die Qualität der Arbeitsumgebung. Zum Beispiel geben Arbeitnehmer, die von einer Gewerkschaft oder einem Betriebsrat vertreten werden, mit einer um 34 % geringeren Wahrscheinlichkeit an, dass die Arbeit ihre Gesundheit beeinträchtigt. Das deutet auf die Bedeutung der Vertretung der Arbeitnehmer für die Sicherung hoher Standards in der Arbeitsumgebung, insbesondere angesichts der vorhergesehenen Veränderungen der Arbeitsqualität im Zusammenhang mit dem Strukturwandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft, hin.

Die Sozialpartner fördern auch Inklusivität, die sowohl für die soziale als auch die wirtschaftliche Nachhaltigkeit eine zentrale Rolle spielt. Beispiele finden sich in den Bereichen des sozialen Schutzes und grenzüberschreitender Tätigkeiten, wo Sozialpartner die Ausweitung des sozialen Schutzes und anderer sozialer Rechte auf alle Arbeitnehmer in einem bestimmten Sektor über ihre eigenen Mitglieder hinaus verteidigen. Die Sozialpartner sind auch in der umweltpolitischen Dimension der Nachhaltigkeit zunehmend aktiv geworden. Allerdings unterscheidet sich ihr Zugang zum Strukturwandel deutlich nach Sektoren, von defensiven Einstellungen in den Sektoren, in denen eine Gefahr von Arbeitsplatzverlusten besteht, wie

Beschäftigte mit einer Art von Vertretung nehmen mit einer um 66 % höheren Wahrscheinlichkeit an bezahlten Fortbildungen teil

Bergbau und Gewinnung fossiler Rohstoffe, bis zur uneingeschränkten Unterstützung in Sektoren, in denen erwartet wird, dass der Wandel zu mehr Beschäftigung führt, wie dem Bausektor. Für diesen Strukturwandel zu einer CO₂-armen Wirtschaft ist eine Erleichterung der Umschulung und Höherqualifizierung der Beschäftigten unbedingt notwendig. Bildung und Berufsbildung kann gefährdeten Sektoren helfen und die Sozialpartner dabei unterstützen, Antworten zu formulieren, die einen gerechteren Wandel sicherstellen. Die Vertretung der Beschäftigten ist mit mehr Fortbildungsmöglichkeiten in den Unternehmen verbunden. Zum Beispiel nehmen Beschäftigte, die von einer Gewerkschaft vertreten werden, mit einer um 66 % höheren Wahrscheinlichkeit an bezahlten Fortbildungen teil.

Neben der Erleichterung des Strukturwandels zur Nachhaltigkeit stärken die Prozesse des sozialen Dialogs, wie erweiterte zwei- und dreiseitige Partnerschaften, die demokratische Partizipation in der Gesellschaft der EU. Sie ermöglichen es Arbeitnehmern und Arbeitgebern, die Entscheidungen auf dem Weg zu einer umweltfreundlicheren Wirtschaft zu beeinflussen, und geben ihnen einen gewissen Entscheidungsspielraum inmitten der Megatrends, die die Weltwirtschaft umwandeln. Wenn man sich, mit Beratung durch Experten und mit staatlicher Unterstützung, auf die Sozialpartner stützt, kann das zu den am wenigsten disruptiven Lösungen führen. Durch die Integration von Umweltaspekten in eine traditionelle sozioökonomischen Agenda werden die Sozialpartner zu zentralen Akteuren bei der Förderung eines umweltfreundlichen und inklusiven Wachstums.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Im sechsten Jahr in Folge haben Verbesserungen der Beschäftigung und der sozialen Ergebnisse die wirtschaftliche Erholung begleitet. Nichtsdestoweniger werfen weiter bestehende Gefahren und aufkommende Unsicherheiten auf weltweiter und EU-Ebene Fragen zu den künftigen Wachstumsaussichten auf. In der Zwischenzeit hat das fortschreitende Wachstum der Wirtschaft der EU die Aufmerksamkeit auf langfristige Nachhaltigkeitsfragen gelenkt. Die Dringlichkeit der Situation und das zunehmende Bewusstsein für die Verschlechterung der Umweltsituation und die Auswirkungen des Klimawandels haben den Druck auf die Entscheider verstärkt, den Übergang zu einem CO₂-armen, stärker kreislauforientierten, umweltpolitisch nachhaltigen und inklusiven Modell zu beschleunigen. Die EU kann bereits auf eine innovative, sehr leistungsfähige Wirtschaft sowie auf hohe Sozial- und Umweltschutzniveaus verweisen. Das Ziel

Die Sozialpartner fördern inklusiven sozialen Schutz und in der Regel den Strukturwandel zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft...

...und ermutigen zur Höherqualifizierung für einen gerechten und sozial ausgewogenen Wandel.

Ein von beratenden Experten und dem Staat unterstützter sozialer Dialog kann die am wenigsten disruptiven Lösungen für Nachhaltigkeitsprobleme ermitteln.

besteht darin, diese Errungenschaften über die Zeit nachhaltig zu machen, sodass zukünftige Generationen dieselben Ressourcen nutzen können, die den heutigen Generationen zur Verfügung stehen, und das Leben der Menschen heute zu verbessern, indem ihre sozialen Rechte und gleiche Chancen gesichert werden. Insbesondere die Beschäftigungs- und Sozialpolitik sollte dabei helfen, soziale Nachhaltigkeit in einer von Bevölkerungsalterung, Digitalisierung, Globalisierung und Bekämpfung des Klimawandels geprägten Welt sicherzustellen. Eine allgemeine, frühzeitige Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Belange in zukünftige politische Strategien ist unerlässlich und würde dazu beitragen, die zukünftige Akzeptanz notwendiger Reformen zu verstärken.

Ohne ein höheres Wachstum der totalen Faktorproduktivität, das mehr auf einer effizienten Nutzung der Produktionsfaktoren als nur auf einer Ausweitung ihres Einsatzes beruht, kann ein robustes Wirtschaftswachstum in der EU nicht aufrechterhalten werden. Die totale Faktorproduktivität floriert in Mitgliedstaaten und Regionen mit starken Arbeitsmarktinstitutionen und in Unternehmen, die in die Fortbildung der Mitarbeiter und in innovatives Kapital und innovative Prozesse investieren. Strategien, die helfen, das Humankapital zu entwickeln und Innovation am Arbeitsplatz zu erleichtern, sind bei der langfristigen Steigerung der Produktivität am effektivsten, vorausgesetzt, dass die Arbeitsmärkte nicht diskriminieren und dass die Unternehmen Zugang zum erforderlichen Kapital haben.

Angesichts bedeutender demografischer und technologischer Umwälzungen tragen soziale Investitionen durch Prävention und Verringerung sozialer Risiken zur Nachhaltigkeit bei. Sie befähigen die Bürger, im Arbeitsmarkt aktiv zu sein und neue Fähigkeiten zu erwerben und bieten Unterstützung in kritischen Lebenssituationen. Auf diese Weise steigern sie die Geschäftstätigkeit und Beschäftigungsquoten und senken soziale Risiken. Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung ragen unter diesen Investitionen insofern heraus, als sie die Teilnahme von Müttern am Arbeitsmarkt und an der Beschäftigung unterstützen und gleichzeitig schon zu einem frühen Zeitpunkt im Leben der Kinder Fähigkeiten und Chancengleichheit fördern. Investitionen in Kompetenzen, Qualifikationen und formelle Erwachsenenbildung stützen sowohl die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen als auch die Löhne. Der Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum ist ein wichtiger Faktor, der Europäer in die Lage versetzt, ihr Potenzial im Arbeitsmarkt zu entfalten und in stärkerem Maße gleichberechtigt an der Gesellschaft teilzuhaben.

Im Allgemeinen wird erwartet, dass der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft positive Auswirkungen auf das BIP, die Gesamtbeschäftigung und das Wohlbefinden haben wird. Dank einer frühzeitigen Vorbereitung auf diesen Übergang durch bessere und neue Kompetenzen lassen sich Arbeitsplatzverluste in Berufen, Sektoren und Regionen verringern, die nach wie vor stark mit der kohlenstoffintensiven Wirtschaft verbunden sind, und das Potenzial der umweltfreundlichen Sektoren zur Schaffung von Arbeitsplätzen besser ausnutzen. Der Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft ist jedoch nicht von sich aus sozial inklusiv. Die Integration der sozialen Dimension von Anfang an ist für den Erfolg der Klima- und Energiestrategie der EU unerlässlich. In geeigneten Fällen können Ausgleichsmaßnahmen, wie zum Beispiel zur Verringerung der Energiearmut, zu einem sozial gerechten Wandel beitragen und sollten Teil der notwendigen Reformen sein. Umweltsteuern bieten ebenfalls eine Gelegenheit, eine Verlagerung der Besteuerung weg von der Arbeit mit positiven Auswirkungen für Gesamtbeschäftigung und Verdienst zu schaffen. Die Strategie und die Investitionen sollten auch umweltbezogene Gesundheitsrisiken wie Luftverschmutzung in Angriff nehmen und können helfen, öffentliche Unterstützung für Klimaschutzmaßnahmen und Reformen zu gewinnen.

Schließlich ist die Multi-Stakeholder-Governance des sozialen Dialogs zum Aufbau eines breiten Konsens zur Förderung nachhaltigerer Volkswirtschaften und Gesellschaften besonders geeignet. Ein gut funktionierender sozialer Dialog verstärkt die soziale Gerechtigkeit durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ohne die langfristige Leistungsfähigkeit zu behindern. Gewerkschafts- und

Arbeitgeberorganisationen könnten ihre Anstrengungen zur Gestaltung des Übergangs zu einer CO₂-armen Wirtschaft trotz fortbestehender Unterschiede der Standpunkte, die mit den unterschiedlichen Auswirkungen der Umstellung zu einer umweltfreundlichen Wirtschaft für die verschiedenen Sektoren verbunden sind, beschleunigen.

Die durchgängige Berücksichtigung und Einbeziehung sozialer und umweltpolitischer Ziele in die Planung aller EU-Strategien, im Gegensatz zu einer Berücksichtigung sozialer und umweltpolitischer Risiken im Nachhinein durch Abhilfemaßnahmen, ist der einzige glaubwürdige Weg zur Verfolgung eines wirklich ausgewogenen, mehrdimensionalen Modells der nachhaltigen Entwicklung. Das mag nicht der Schlüssel zu allen Herausforderungen für die EU sein, wird aber ein umweltfreundliches und soziales Europa garantieren, das seiner globalen Verantwortung verpflichtet ist.